ACSP, PT19860620-13

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

Parteitag
der
Christlich-Sozialen Union
am Samstag, dem 21. Juni 1986, 9.00 Uhr
in Nürnberg, Frankenhalle

Den Vorsitz führen: Dr. Fritz Zimmermann, Frau Dr. Mathilde Berghofer-Weichner, Dr. Franz Heubl, Dr. Werner Dollinger

Tagesordnung — Seite

Wahl eines Parteitagspräsidiums
Landesvorsitzender Ministerpräsident
Dr.h.c.Franz Josef Strauß 1

Begrüßung der Gäste
Tagungspräsident Dr. Fritz Zimmermann 2 - 3

Grußworte
Flaminio Piccoli, Präsident der Christlich-Demokratischen Union 4
Richard Allen, Republikanische Partei der USA 5 - 8
Dr. Oscar Schneider 8 - 10
Richard Stücklen, Vizepräsident des Deutschen Bundestages 10
Dr. Günther Beckstein MdL 39 - 40

Berichte aus den Arbeitskreisen
Bericht aus dem Arbeitskreis I:
"Wachsamkeit ist der Preis der Freiheit"
Franz Ludwig Graf Stauffenberg, MdEP 11 - 16

ACSP, PT19860620-13

Tagesordnung	Seite
Bericht aus dem Arbeitskreis II: Solide Finanzpolitik-Voraussetzung für Wachstum, Beschäftigung und Leistung Dr. Reinhold Kreile MdB	16 - 20
Bericht aus dem Arbeitskreis III: Wirtschaft in Bayern Reinhold Bocklet, MdEP	21 - 26
Bericht aus dem Arbeitskreis IV: Soziale Marktwirtschaft-Technischer Fortschritt-Umweltschutz Alois Glück MdL	26 - 31
Bericht aus dem Arbeitskreis V: Unser Weg in die Zukunft-Soziale Ordnungspolitik Frau Barbara Stamm MdL	31 - 32
Bericht aus dem Arbeitskreis VI: Lebendiges Kulturland Bayern Landrat Hans Zehetmair	33 - 36
Verschiedenes	
Verabschiedung der Dringlichkeitsanträge des Landesvorstandes:	
Energiepolitik	37
Römische Verträge	37 - 38
Innere Sicherheit	38

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19860620-13

Tagesordnung	Seite
Grußwort des Vorsitzenden der CDU Dr. Helmut Kohl, Bundeskanzler	41 - 42
Rede des Vorsitzenden der CSU Dr.h.c.Franz Josef Strauß, Bayerischer Ministerpräsident	43
Schlußwort Stellv. Landesvorsitzender Dr. Werner Dollinger	43

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19860620-13

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

Eröffnung: 9.15 Uhr

Landesvorsitzender Ministerpräsident Dr.h.c. Franz Josef Strauß:
Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Ich eröffne hiermit den Parteitag der Christlich-Sozialen Union in Bayern. Nach den Beratungen der Arbeitskreise, mit denen wir uns im 1. Tagesordnungspunkt heute beschäftigen werden, und dem gemeinsamen erfolgreichen, gemütlichen, heiteren Delegiertenabend am gestrigen Freitag setzen wir nun den Parteitag in der Plenarsitzung fort. Ich eröffne hiermit diese Plenarversammlung.

Der Parteitag wurde frist- und formgerecht mit Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Es sind keine Einwendungen erhoben oder Ergänzungen gewünscht worden. Ich darf damit voraussetzen, daß die Tagesordnung genehmigt ist.

Nun darf ich Ihnen vorschlagen ein

Parteitagspräsidium

zu wählen, und zwar mit den vier stellvertretenden Landesvorsitzenden: Frau Staatssekretärin Dr. Mathilde Berghofer-Weichner, den Herrn Bundesminister Dr. Werner Dollinger, den Herrn Bundesinnenminister Dr.Friedrich Zimmermann und den Herrn Landtagspräsidenten Dr. Franz Heubl.
Wenn Sie mit dieser Bestellung einverstanden sind, dann darf ich hiermit die Leitung der Tagung an das Tagungspräsidium, und zwar an Herrn Bundesminister Dr. Fritz Zimmermann, übergeben. Ich danke Ihnen. (Beifall)

ACSP, PT19860620-13

Tagungspräsident Dr. Fritz Zimmermann: Meine Damen und Herren, liebe Freunde! Nach der Eröffnung des Parteitags begrüße ich in Ihrer aller Namen mit besonderer Freude unsere ausländischen Ehrengäste:

Herrn Flaminio Piccoli, den Präsidenten der Christlich-Demokratischen Internationale;

(Beifall)

als Vertreter der Republikanischen Partei in den Vereinigten Staaten Herrn Richard Allen,

(Beifall)

den Parteivorsitzenden des "Centre National des Indépendants et des Paysans", Paris, Mitglied des Parlaments, Herrn Minister a.D. Philippe Malaud;

(Beifall)

den Parteivorsitzenden der Partit Nazzjonalista, Malta, und Mitglied des Parlaments Herrn Dr. Edward Fenech Adami

(Beifall)

- ihm und seinen politischen Freunden wünschen wir, daß er bald die Amtsgeschäfte des maltesischen Ministerpräsidenten übernehmen kann - ;

(Beifall)

Herrn Professor Adriano Moreira, Parteivorsitzender der Partido do Centro Democratico e Social und Abgeordneter zum portugiesischen Parlament;

(Beifall)

mit ihm begrüße ich den Generalsekretär Herrn Fernando Seara sowie 20 Parlamentarier und Politiker unserer Schwesterpartei CDU aus Portugal;

(Beifall)

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19860620-13

Herrn Professor Dr. Andreas Khol, Abgeordneter zum österreichischen Nationalrat der Österreichischen Volkspartei;

(Beifall)

Herrn Abgeordneten Dr. Bruno Hosp, Generalsekretär der Südtiroler Volkspartei;

(Beifall)

Herrn Dr. Erich Achmüller, Stellvertretender Landesparteiobmann und Regionalpräsident der Südtiroler Volkspartei;

(Beifall)

aus der Schweiz Herrn Dr. Hans-Peter Fagagnini, Generalsekretär der Christlich Demokratischen Volkspartei;

(Beifall)

Herrn dr. Gianni Bazzanella, Präsident des Regionalausschusses der Region Trentino - Südtirol;

(Beifall)

Herrn Dr. Heinrich Pruner, Parteivorsitzender der Trentiner Tiroler Volkspartei;

(Beifall)

als Vertreter der konservativen Partei Großbritanniens Herrn Abgeordneten Nicholas Budgen;

(Beifall)

aus Griechenland Herrn Staatsminister a.D. und Abgeordneten Alexander Papadongonas;

(Beifall)

aus Spanien Herrn Abgeordneten Guillermo Kirkpatrick;

(Beifall)

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19860620-13

aus der Türkei Herrn Timur Cinar, Abgeordneter der türkischen Mutterlandspartei und Mitglied des Europarates.

(Beifall)

Von den Philippinen kommt Herr Francisco Tatad, Parteivorsitzender der Christian Social Democratic Party.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19860620-13

Ich begrüße das Diplomatische Korps und das Konsularische Korps, an der Spitze den Botschafter von Pakistan und den Generalkonsul von Südafrika,

(Beifall)

die Vertreter der Kirchen und der Behörden; als Vertreter des Kommissariats der deutschen Bischöfe Geistlichen Rat Kellner und als Vertreter des Erzbischofs Domkapitular Dr. Böring

(Beifall)

und den Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit Franke und den Regierungspräsidenten von Mittelfranken

(Beifall)

als Vertreter des Befehlshabers im Wehrbereich 6 Oberst und für den Bundeswehrverband

(Beifall)

Nun gestatten Sie mir, im Zusammenhang zu nennen die Vertreter des Bayerischen Landkreisverbandes, des Bayerischen Bauernverbandes, des Bundes Naturschutz, des Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Bayerischen Beamtenbundes, des Christlichen Gewerkschaftsbundes, der Gewerkschaft der Polizei, der Postgewerkschaft und alle anderen hier anwesenden Vertreter, die ich mit besonderer Herzlichkeit begrüße. (Beifall)

Ich begrüße den Bundesgeschäftsführer der CDU, Herrn Peter Radunski, die Mitglieder des Europäischen Parlaments, des Deutschen Bundestages, des Bayerischen Landtages und die Vertreter von Presse, Funk und Fernsehen. (Beifall)

Ich danke Ihnen für Ihre Geduld und Ihren Beifall.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19860620-13

Als ersten darf ich zum Grußwort bitten HerrnFlaminio Piccoli, den Präsidenten der Christlich-Demokratischen Internationale.

(Die Ansprache liegt vor)

Hergestellt im Archiv für Christlich-soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19860620-13

Tagungspräsident Dr. Fritz Zimmermann: Wir danken Herrn Präsidenten Piccoli für seine freundlichen Worte, die er uns gewidmet hat.

Nun darf ich bitten Mister Richard Allen, Vertreter der Republikanischen Partei der USA, ehemaliger Sicherheitsberater von Präsident Reagan und außenpolitischer Sprecher seiner Partei. (Beifall)

Allen: Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Strauß, lieber alter Freund Franz Josef! (Beifall)

Es ist mir eine große Freude, heute hier mit Dir und den Mitgliedern und Führern der CSU zusammenzukommen als Vertreter der Republikanischen Partei der Vereinigten Staaten.

Im Namen unseres Vorsitzenden Freund Fahlenkopf überbringe ich Dir und Deinen Parteikollegen die herzlichen Grüße. Der heutige Tag ist aber von ganz besonderer Bedeutung; denn er markiert den 25. Jahrestag Deines Vorsitzes dieser bedeutenden Institution der CSU. Ich gratuliere Dir von Herzen für Deine Leistung und bewundere, was Du für die Einheit Europas und die transatlantische Partnerschaft getan hast. (Beifall)

Deine Partei, die CSU, ist ein Bollwerk für den Frieden gewesen und Du hast in unmittelbarer Weise zur Sicherheit des christlichen Bündnisses beigetragen.

Es ist ein Zufall, daß meine Frau und ich genau vor 25 Jahren, nämlich im Juni 1961 nach einem mehrjährigen Studienaufenthalt das Land Bayern verlassen haben. Damals kamen wir als Ehepaar nach Deutschland und sind als Familie mit zwei Kindern wieder gegangen. Aber wir spürten, daß wir unser Herz in diesem großen Land verloren haben. Deshalb ist meine Anwesenheit heute nicht

Hergestellt im Archiv für Christlich-soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19860620-13

nur eine besondere Ehre, sondern eine Art Heimkehr.

Herr Ministerpräsident! Heute gratuliere ich nicht nur im Namen der Mitglieder der Republikanischen Partei. Ich habe die besondere Ehre, zwei besondere Botschaften aus unserer Hauptstadt mitzubringen, und habe den Auftrag, diese hier vorzulesen.

Die Botschaft vom Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten:

> Sehr geehrter Herr Ministerpräsident:
> Während Sie und Ihre vielen Freunde in Nürnberg zusammenkommen, um den Parteitag der CSU zu feiern, erinnern wir uns hier in den Vereinigten Staaten an die besondere Bedeutung des heutigen Tages: des 25.Jubiläums Ihres Parteivorsitzes.
>
> Die CSU hat eine führende Rolle in der Verbindung mit anderen politischen Parteien gespielt und hat sich als aktives Mitglied in der Europäischen Demokratischen Union und in der Internationalen Demokratischen Union ausgezeichnet. Als wir im vergangenen Sommer auf der Parteiführerkonferenz in Washington zusammentrafen, erinnerte ich mich daran, daß wir gemeinsam bei der Gründung der IDU anwesend waren.
>
> Die Wahrung des Friedens und der Freiheit in der modernen Welt ist eine Aufgabe, die alle Politiker miteinander teilen. Diese Aufgabe erfordert Entschiedenheit und klares Verständnis für die Notwendigkeit der Einheit der Demokratien in gemeinsamer Opposition gegen Totalitarismus und Unterdrückung.
>
> Wir beide wissen, welchen Mut es braucht, diese Stellungen zu beziehen. Sie haben sich immer durch außerordentlichen Mut ausgezeichnet. - Wir beide wissen das. - Ich möchte

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19860620-13

diese Gelegenheit dazu benutzen, Ihnen sehr herzlich zu gratulieren und Ihnen zu danken für alles, was Sie geleistet haben und in der Zukunft leisten werden zur Förderung demokratischer Werte und der Wahrung des Friedens.

Mit sehr herzlichen Wünschen,
Ihr George Bush.

(Beifall)

Der zweite Brief lautet:

Das Weiße Haus, Washington.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident:

Es ist mir eine große Freude, Ihnen anläßlich des 25. Jubiläums Ihrer Führung der CSU sehr herzlich zu gratulieren und Ihnen meine besten Wünsche und persönlichen Grüße zu senden.

Wir Amerikaner messen dauerhaften Freundschaften besondere Bedeutung zu und darüberhinaus schätzen wir die Freundschaft eines treuen und starken Verbündeten, der so vieles für das Fortbestehen unserer gemeinsamen Werte getan hat, welche unsere beiden Nationen verbinden. Viele Jahre lang sind Sie ein besonderer Freund im Dienste des Friedens gewesen, Ihr persönlicher Einsatz zur Wahrung und Verbreitung von Frieden, Gerechtigkeit und der Stärkung der Demokratie und der wichtigen Menschenrechte ist eine Quelle der Inspiration und Ermutigung für die Demokratien der westlichen Welt gewesen. Für Ihre unermüdlichen Anstrengungen bewundern wir Sie.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19860620-13

Die Geschichte der CSU in den vergangenen 25 Jahre ist geprägt von der Hingabe für die Unterstützung der NATO und der Einheit Westeuropas. Nur zu gut erinnern wir uns, daß Sie in der vordersten Reihe jener europäischen Politiker gestanden haben, die sich um des Friedens willen eingesetzt haben durch Stehvermögen und im Fällen schwieriger Entscheidungen. Zudem wissen wir sehr wohl, daß Ihre dauerhafte Freundschaft für die Vereinigten Staaten und für das Amerikanische Volk einen außerordentlichen Beitrag zur Solidarität des Westens darstellt.

Wir anerkennen, was Sie und das bayerische Volk erreicht haben, und ich möchte Ihnen zu diesem Festtag meine tiefe persönliche Bewunderung und meinen Respekt aussprechen. Ich bin stolz, zu Ihren Freunden zählen zu dürfen.

Ihr
Ronald Reagan

(Beifall)

Tagungspräsident Dr. Fritz Zimmermann: Der Parteitag dankt Ihnen von Herzen, lieber Freund Allan, für diese großartige Geste der Freundschaft und Zuneigung. (Beifall) - Ich bitte nun zum Grußwort Herrn Dr.Oscar Schneider, Bundesminister und Vorsitzender des CSU-Bezirksverbandes Nürnberg/Fürth. (Beifall)

Bundesminister Dr. Oscar Schneider: Sehr verehrter Herr Landesvorsitzender, verehrte Ehrengäste, meine verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Die Nürnberg/Fürther und die

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19860620-13

mittelfränkische CSU erleben seit vielen Jahren wieder einen Landesparteitag als Gastgeber. Daß es sich dabei um den 50., also um den Goldenen Jubiläumsparteitag handelt, erfreut uns verständlicherweise außerordentlich.

Die CSU als Volkspartei hat daher außergewöhnliche Integrationskraft und Integrationsfähigkeit bewiesen. Dies gilt für die christlichen Konfessionen, für die verschiedenen Berufe und Stände. Dies erweist sich aber auch mit unvergleichlicher Eindringlichkeit im Gemeinschaftsbewußtsein aller bayerischen Stämme für die CSU.

In der zweiten Hauptstadt Bayerns, in der Wirtschafts-, Handels- und Verkehrsmetropole Nordbayerns, in Nürnberg, hatten wir einen langen, steinigen und steilen Weg zurückzulegen. Es galt, viele geschichtlich bedingte, konfessionell begründete Vorurteile gegen die Christlich-Soziale Union in Franken abzubauen. Dies ist uns gelungen. Wir danken dies insbesondere unseren fränkischen Landsleuten Adam Stegerwald, Dr. Josef Müller, Hans Ehard, Hanns Seidel und Ludwig Erhard. Nicht zuletzt verdanken wir dies unsere Herrn Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß, dessen väterliche Vorfahren, wie Sie wissen, ja aus Mittelfranken stammen.

Die Nürnberg/Fürther Partei konnte in den letzten Wahlen, zumal bei der letzten Bundestagswahl, die SPD überrunden. Die CSU ist als Volkspartei auch eine Arbeiterpartei, was sie in Franken in besonderer Weise herausgestellt hat. (Beifall)

Wir haben uns in der neuen Frankenhalle versammelt, im Nürnberger Messezentrum, der Ort vieler Ausstellungen und Messen, nicht zuletzt der Internationalen Spielwarenmesse.

Unsere Parteitagslosung lautet "Bayern vorn". Sie könnte ebenso gut heißen "Franken vorn". (Beifall)

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19860620-13

Die Frankenhalle, das Nürnberger Messezentrum, unser Industriehafen an der Rhein-Main-Donau-Wasserstraße sind das Ergebnis einer weitsichtigen und erfolgreichen Wirtschafts- und Konjunkturpolitik der Bayerischen Staatsregierung und der von der Union geführten Bundesregierungen.

Liebe Parteifreunde! Ich wünsche allen Delegierten einen angenehmen und erlebnisreichen Aufenthalt in Nürnberg, unserer Partei für ganz Bayern eine erfolgreiche Land- und Bezirkstagswahl am 12. Oktober 1986. (Beifall)

Tagungspräsident Dr. Fritz Zimmermann: Ich danke dem Bezirksvorsitzenden des gastgebenden Bezirksverbandes Nürnberg/Fürth, Herrn Dr. Schneider.

Ich bitte nun zu einem besonderen Grußwort den Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages, Herrn Richard Stücklen. (Beifall)

Bundestagsvizepräsident Richard Stücklen: Herr Parteivorsitzender, verehrte Gäste, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde!

(Die Ansprache liegt vor).

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19860620-13

Tagungspräsident Dr. Fritz Zimmermann: Wir danken Richard Stücklen für die Würdigung unseres Parteivorsitzenden Franz Josef Strauß und wir danken ihm, daß er die Ehrung in dieser würdigen Form vorgenommen hat. Vielen Dank, Richard Stücklen.

Nun übergebe ich das Präsidium an die Kollegin Mathilde Berghofer-Weichner.

Tagungspräsidentin Dr. Mathilde Berghofer-Weichner: Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 3:

Berichte aus den Arbeitskreisen

Zunächst kommt der

Bericht aus dem Arbeitskreis I
"Wachsamkeit ist der Preis der Freiheit"

Graf Stauffenberg!

Franz Ludwig Graf Stauffenberg, MdEP: Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Unter dem Thema "Wachsamkeit ist der Preis der Freiheit" behandelte der Arbeitskreis I in einem thematisch sehr weitgespannten Bogen Probleme der Außen- und Sicherheitspolitik, der Entwicklungshilfe und - allerdings nur am Rande - der Deutschen Frage. Von grundsätzlichen Aussagen zum westlichen Bündnis als verpflichtende Wertgemeinschaft (Richard V.Allen, ehemaliger Vorsitzender des US-Sicherheitsrates und Berater des US-Präsidenten) über die kritische Analyse sowjetischer Strategie in der Ära Gorbatschow (Professor Michael Voslensky, Forschungsinstitut für Sowjetische Gegenwart) und nachdenklich-herausfordernde Überlegungen zu Deutschlands Stellung in Europa und der Welt (Botschafter a.D. Dr. Rolf-Friedemann Pauls) erstreckten sich

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19860620-13

die Referate und eine lebhafte Diskussion hin zu den ganz aktuellen Themen der Entwicklungshilfe als einer Politik zur Partnerschaft in Freiheit, zum vergessenen Krieg in Afghanistan und zu den Problemen des südlichen Afrika.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde! Das westliche Bündnis - und das brachte die Arbeit des Arbeitskreises zum Ausdruck - ist in seinem Wesen etwas grundlegend anderes als etwa der Ostblock oder irgendein Militärbündnis. Es ist als Gemeinschaft ethischer Werte und demokratisch-freiheitlicher Prinzipien geboren und muß so auch heute noch selbstverständlich von seinen Völkern und seinen Verantwortlichen verstanden werden. Der Kampf zwischen Totalitarismus und freiheitlicher Demokratie kann nicht den Kriegsschauplätzen oder den diplomatischen Konferenzen überlassen werden; er wird, meine Damen und Herren, zuallererst in den Köpfen und in den Herzen der Menschen ausgetragen.

Wir müssen dem wohlfeilen und dem verführerischen Irrtum vorbeugen, der weit verbreitet ist, daß sich die sowjetische Politik unter neuer Führung und neuem Präsentationsstil grundlegend geändert habe. Der Westen muß der alten Politik Moskaus, der alten Politik, mit scheinbarer Friedfertigkeit ihre unfriedlichen Ziele zu erreichen, endlich weitere Erfolge, die zu Lasten von Freiheit und Menschenrecht gehen, verweigern, wenn er die sowjetische Außenpolitik hin zu einem dauerhaften und gesicherten Frieden bewegen will.

Und hier - so kam es in den Aussagen im Arbeitskreis besonders zum Ausdruck - trifft die Deutschen und Deutschland eine besondere Verantwortung in der Formulierung und im Vollzug einer wertbegründeten und wertorientierten Friedenspolitik. Haben denn die Deutschen - diese Frage stellte Botschafter Pauls - wegen ihrer Dauer-Identitätskrise wirklich das Recht zu ständiger Jammerei, zu Pessimismus, zur Miesmacherei und zur Panikmache? Die Deutschen haben ihre ehemaligen Feinde als Freunde gewonnen,

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion/Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19860620-13

weil sie einen anständigen Staat geschaffen haben, der sich durch Vernunft und Verläßlichkeit auszeichnet. Aber, meine Freunde, wer im internationalen Bereich bei Verbündeten wie bei Gegnern als verläßlicher Partner gelten will, muß seine Verläßlichkeit zuerst im eigenen Haus erweisen. Und dies bedeutet für uns Deutsche zuallererst Anständigkeit gegenüber unseren eigenen Landsleuten drüben, den Landsleuten, die eine ungleich höhere Last aus dem letzten Krieg, aus dem Zusammenbruch des NS-Regimes zu tragen haben als wir, die wir in der Freiheit des Westens leben. (Beifall) Leute, die gegenüber ihren eigenen Verwandten nicht zuverlässig sind, können auch bei anderen kein Vertrauen erwarten.

Wertorientierung gilt auch für unsere Beziehungen zu den Staaten der Dritten und Vierten Welt. Entwicklung ist die Entfaltung schöpferischer Kräfte, die in Menschen und Völkern angelegt sind. Wir - und das ist die Änderung der Entwicklungspolitik unter der jetzigen Regierung - leisten Hilfe zur Selbsthilfe und wir verstehen die Aufgabe der Entwicklungspolitik als die Förderung der Kräfte des Friedens und nicht der Gewalt. Deshalb können wir beispielsweise Vietnam nicht unterstützen, das seine Nachbarn mit Krieg überzieht, oder Nicaragua. Und deshalb müssen wir Ländern wie Pakistan und Thailand besonders helfen, die Millionen Flüchtlingen vor der kommunistischen Aggression Zuflucht gewähren. (Beifall)

Aus ihrem Selbstverständnis und aus Klugheit sind aber auch die westlichen Demokratien gefordert, sich mehr und Wirksameres einfallen zu lassen, zum Beispiel bei der Überwindung der Verschuldungskrise der Dritten Welt. Denn dort stehen nicht in erster Linie unsere geldlichen Forderungen auf dem Spiel, sondern der Bestand junger Demokratien, deren Alternative nicht etwa autoritäre Militärregierungen wieder wären, sondern die totalitären Systeme des Marxismus-Leninismus.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19860620-13

Wir halten, meine Damen und Herren, auch daran fest, daß wir Rüstungsgüter nur in engen Grenzen ausführen wollen. Aber eines zeigt uns die Erfahrung: Die westlichen Länder können sich ihrer Verantwortung durch die bloße Flucht in die Enthaltsamkeit nicht entziehen ganz ohne Rücksicht darauf, was aus den Ländern und Völkern wird, denen sie Waffenhilfe verweigert haben. Auch hier gilt, im Kampf zwischen Totalitarismus und Freiheit, die Freiheit zu unterstützen und sie nicht einfach im Stich zu lassen. (Beifall)

Der Arbeitskreis befaßte sich eingehend mit der aktuellen Lage in Afghanistan und im südlichen Afrika. Ich verweise hier auf die ausgedruckten Referate von Hans Huyn und Hans Klein. Der Arbeitskreis war sich darin einig, daß sich die humanitäre Hilfe für die Opfer der sowjetisch-kommunistischen Gewalt verstärken muß. Darüber hinaus aber muß es materielle und klare politische Unterstützung für die Freiheitskämpfer besonders in Afghanistan geben, aber auch für Pakistan, das wachsendem sowjetischem Druck ausgesetzt ist. An dieser Stelle sollten wir uns bewußt werden, daß das afghanische Volk nicht nur für seine eigene Freiheit kämpft, sondern mit unzureichenden Mitteln und unendlichem Leiden Unvergleichliches für das Freiheitsrecht aller Menschen und auch für unsere Freiheitsrecht leistet. (Beifall)

Im südlichen Afrika fordert die CSU ein Konzept westlicher Außenpolitik, das eine friedliche Entwicklung aller Staaten fördert; sie fordert den Abzug fremder Truppen vor allem aus Angola und Äthiopien, nach Überwindung der Apartheid in der Republik Südafrika ein gleichberechtigtes demokratisches Zusammenwirken aller schwarzen, farbigen, weißen und asiatischen Südafrikaner zu ermöglichen und Namibia den gewaltlosen Weg in die Unabhängigkeit einer freiheitlichen Demokratie zu eröffnen.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19860620-13

Aber auch hier, liebe Parteifreunde, gilt: Niemand kann sich damit entlasten, daß er bestehende Unzulänglichkeiten oder bestehendes Unrecht einfach kritisiert oder sogar militant bekämpft, ohne in seinem Tun gleichzeitig die Verantwortung dafür zu übernehmen, was am Ende das Ergebnis seines Kampfes sein wird. Angola, Moçambique und viele andere Länder des schwarzen Afrika sind eine bittere Lehre für uns und für alle freiheitlich Gesinnten. (Beifall)

Schließlich hat sich Alfred Biehle zum Sprecher des ganzen Arbeitskreises und sicherlich auch des gesamten Parteitags gemacht mit seinem ausdrücklichen Dank an die Soldaten der Bundeswehr, an die Angehörigen der verbündeten Streitkräfte und an die Angehörigen der Polizei, die in einem undankbaren Dienst oft rund um die

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19860620-13

Uhr die Gewähr dafür bieten, daß wir im freien Teil unseres Landes in Freiheit und in Frieden sicher leben können.

Dem Ausschuß lagen ein Antrag des Fachausschusses Deutschland- und Außenpolitik der CSU zur Initiative für eine engere politische Zusammenarbeit der freien Nationen und zwei weitere Anträge aus Mittelfranken beziehungsweise Nürnberg/Fürth zur Verbesserung des innerdeutschen Reiseverkehrs und zu den deutsch-polnischen Beziehungen vor. Angesichts der Thematik des Arbeitskreises, die insbesondere eine angemessene Diskussion der deutschlandpolitischen Problematik schon aus zeitlichen Gründen nicht zuließ, empfehle ich dem Parteitag, diese Anträge der nächsten Sitzung des Pareiausschusses zu überweisen.

Danke sehr. (Beifall)

Tagungspräsidentin Dr. Mathilde Berghofer-Weichner: Ich danke Ihnen für die Berichterstattung und frage, ob zu diesem Bericht das Wort gewünscht wird. - Das ist nicht der Fall.

Dann rufe ich auf den

Bericht aus dem Arbeitskreis II

Solide Finanzpolitik - Voraussetzung für Wachstum, Beschäftigung und Leistung.

Berichterstatter ist Herr Professor Dr. Reinhold Kreile.

Professor Dr. Reinhold Kreile, Finanzpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Liebe Parteifreunde! Der Arbeitskreis II hat sich mit dem Thema beschäftigt, für das die CSU seit dem Finanzminister Schäffer und Finanzminister Strauß, spiegelbildlich seit den bayerischen der CSU angehören-

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19860620-13

den Finanzministern, immer die hervorragende Fachkompetenz bewiesen hat, nämlich eine solide Finanzpolitik, die Voraussetzung für Wachstum, Beschäftigung und Leistung ist. Wir hatten einen hervorragenden Ausgangspunkt. Wir haben eine großartige finanz- und wirtschaftspolitische Bilanz in den Jahren seit der erneuten Regierungsübernahme erzielen können und haben als Ausgangspunkt feststellen können, daß der durch die sehr restriktive Haushaltspolitik, die betrieben worden ist, gewonnene Handlungsspielraum auch tatsächlich genutzt worden ist, und zwar zur Verbesserung der Rahmenbedingungen, für mehr Investitionen und damit mehr Arbeitsplätze sowie für eine neue Familienpolitik - hier handelt es sich um eine der größten Umgestaltungen im Interesse des finanzpolitischen Spielraums überhaupt, die seit 20 Jahren in der Politik vorgenommen worden sind - , mit mehr und neuer Finanzmasse für die Familienpolitik, und schon bisher für den Beginn einer allgemeinen Steuerentlastung. Trotzdem wissen wir natürlich - und das war das Hauptthema im Arbeitskreis - daß die Steuerbelastung zu hoch ist, daß die Steuern zu hoch sind. Deswegen hat der bayerische Finanzminister sehr instruktiv erläutert, was er schon vor einigen Wochen der Öffentlichkeit dargestellt hat, nämlich den Grundgedanken einer weitreichenden, in die 90er Jahre hineingehenden Steuerreform, die mit dem Stichwort "Tarif 90" bezeichnet wird. Streibls "Tarif 90" hat die Grundtendenz: weniger Steuern, für alle weniger Steuern! Das ist der entscheidende Gesichtspunkt. Dies ist natürlich in unserem Arbeitskreis unter allen Aspekten besprochen worden: die Eckwerte eines neuen Tarifs, eines linear ansteigenden progressiven Tarifs. Aber damit allein ist es nicht getan. Es muß der Grundfreibetrag erhöht werden; der Eingangssteuersatz muß abgesenkt werden. Und im Rahmen der allgemeinen Absenkung sowohl im unteren als auch im oberen Bereich ist auch eine neue Endstufe zu erreichen.

Dies alles kann aber nur die eine Seite unserer Steuerpolitik sein - dem hat der Arbeitskreis zugestimmt - , sondern dies

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Vervielfältigung, Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP gestattet.

ACSP, PT19860620-13

muß durch eine flankierende Maßnahme im Unternehmensteuerbereich begleitet werden. Deswegen die Verbesserung im Unternehmensbereich; das bezieht sich auf eine Absenkung des Körperschaftsteuersatzes. Und das ganz entscheidende mittelstandspolitische Anliegen der CSU ist es - und wir sind in der Tat diejenigen, die in Bonn die mittelstandspolitischen Komponenten nicht nur formulieren, sondern auch durchsetzen - , wenn wir sagen, eine verbesserte Abschreibungsregelung wird durchgesetzt werden müssen, hier insbesondere eine mittelstandsgerechte Weiterentwicklung in Form einer steuerstundenden Investitionsrücklage.

Ferner werden wir eine weitere notwendige Korrektur bei der Gewerbesteuer vornehmen müssen. Dies war eines der wichtigen Elemente unserer Unterhaltung, wie weit die Gewerbesteuer reformbedürftig ist, wie weit aber die Gewerbesteuer für die Gemeinden als unverzichtbare autonome Finanzquelle erhalten bleiben muß. Ich habe den Eindruck, daß wir hier in unserem Arbeitskreis zu einer weitgehenden Übereinstimmung gefunden haben. Es war hochinteressant, daß auf der einen Seite der bayerische Finanzminister keine weiteren steuerlichen Darlegungen gemacht hat und dann auf der anderen Seite der Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Passau, unser Parteifreund Hinterdobler, aus der Sicht der Wirtschaft den bayerischen Staatshaushalt analysiert und klargelegt hat, wie weit dieser bayerische Staatshaushalt eine insbesondere dem Mittelstand dienende konjunkturbeeinflussende Wirkung hat. Wir haben hier in Bayern - das muß man immer wieder sagen, wenn auch nur kurz im Rahmen unseres Berichts - die höchste Investitionsquote mit 22,6 Prozent. Wir haben die geringste Pro-Kopf-Verschuldung, haben aber einen überproportionalen Anteil der Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung. Kurzum: Die bayerische Haushaltspolitik bedeutet Kontinuität und Solidität. Wir meinten aber, daß wir nicht nur das Bestehende aus politischer und wirtschaftlicher Sicht analysieren sollten, sondern haben einen weiteren Redner zu

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion/Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19860620-13

uns eingeladen, der ein ganz besonders belebendes Element aus wissenschaftlicher Sicht in den Arbeitskreis eingebracht hat; es ist der Ihnen allen als Wirtschaftswissenschaftler bekannte Professor Dr. Walter vom Institut in Kiel.

Walter verstand es - es war gerade in Nürnberg noch einmal besonders schön - , auf die Grundlagen der Politik, nämlich der Politik der Marktwirtschaft, und zwar der sozialen Marktwirtschaft nach Erhard zurückzuführen. Dies wird immer wieder Leitlinie und Ausgangspunkt unserer Überlegungen sein.

So war es denn in unserem Arbeitskreis auch eine Diskussion, die nicht nur vom Podium bestritten worden ist. Und zum Podium gehörten: Landrat Ammon, stellvertretender Fraktionsvorsitzender Maurer, Dr. Friedrich vom Europäischen Parlament, Stadträtin Hanna Stein aus München, Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Voss vom Bundesfinanzministerium und der stellvertretende Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestags Dr. Riedl. Nicht nur das Podium hat diskutiert, sondern der gesamte Arbeitskreis hat miteinander diskutiert, und ich möchte sagen, die Experten saßen innerhalb des Arbeitskreises, insbesondere unsere Bürgermeister, genauso wie auf dem Podium, so daß es wirklich ein Miteinanderdiskutieren und Miteinanderarbeiten war.

Wenn ich versuche, mit nur fünf Sätzen zu sagen, was das Ergebnis war, so hoffe ich, daß ich das Richtige treffe. Wir haben folgende Thesen aufgestellt:

1. Es muß jetzt eine fühlbare Senkung der Steuern und Abgaben erfolgen, und zwar auch deswegen, weil diese Abgabensenkung wegen der demographischen Entwicklung unseres Volkes bis in die 90er Jahre weit hinauskommen muß. Wenn wir sie jetzt nicht machen, werden wir sie in den 90er Jahren bei

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19860620-13

völlig anderen demographischen Verhältnissen nicht mehr schaffen. Nochmals: Jetzt müssen wir die Steuersenkung machen. (Beifall)

2. Wesentliche Grundlage für unsere Finanz- und Steuerpolitik kann und muß der von Streibl vorgestellte "Tarif 90" sein sowie die begleitenden Entlastungsmaßnahmen; dazu gehört - ich sagte es schon - die besondere mittelstandspolitische Komponente, wie etwa die Investitionsrücklage.

3. Diese Steuersenkung kann nicht durch Steuererhöhungen in anderen Bereichen konterkariert werden. Wir sollten ganz früh zu Beginn der Steuerdebatte klarlegen, von - wie wir im Jargon sagen - kompensatorischen Maßnahmen, d.h. steuererhöhenden Maßnahmen zur Kompensierung der Steuersenkung muß abgesehen werden.

4. Die vielfältigen Fragen der Regionalpolitik und der Finanzausstattung der Gemeinden sollen gerade unter dem Gesichtspunkt der Steuerabsenkung erneut diskutiert werden, und diese Diskussion wird zu einem noch besseren Ergebnis führen, als was wir in Bayern schon haben, die beste Finanzausstattung der Gemeinden im ganzen Bundesgebiet.

Und fünftens: Die fühlbare Steuerentlastung wird nur möglich sein, wenn auch künftig der Kurs solider Staatsfinanzen nicht verlassen wird.

Liebe Parteifreunde! Wenn ich die fünf Thesen, die ich Ihnen vorgetragen habe, in einem Satz zusammenfassen darf, dann kann ich sagen-was der Arbeitskreis mit großer Zustimmung akzeptiert hat - : Die CSU ist und bleibt die Partei der Steuersenkung auf der Grundlage solider Staatsfinanzen.

Ich danke Ihnen. (Beifall)

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19860620-13

Tagungspräsidentin Dr. Mathilde Berghofer-Weichner: Vielen Dank für den Bericht.

Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zum

Bericht aus dem Arbeitskreis III,

Wirtschaft in Bayern

Berichterstatter ist Herr Reinhold Bocklet aus dem Europäischen Parlament.

Reinhold Bocklet, MdEP, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Landwirtschaft der CSU: Herr Präsident, meine lieben Parteifreunde, verehrte Gäste! Der Arbeitskreis III, Wirtschaft in Bayern, hat über ein komplexes Thema diskutiert. Dies umfaßt die Politik für den ländlichen Raum, die Mittelstandspolitik, die Verkehrspolitik als Strukturpolitik und die Landwirtschaftspolitik.

Bayerns wirtschaftliche Entwicklung nach dem 2.Weltkrieg wurde oft mit dem Schlagwort "Vom Agrar- zum Industriestatt" gekennzeichnet. Und in der Tat: Seit den 50er Jahren hat sich ein gewaltiger Strukturwandel vollzogen, der das wirtschaftliche Gesicht Bayerns entscheidend verändert hat. Beispielsweise hat sich die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe auch in Bayern praktisch halbiert.

Aber das Wort vom "Industriestaat Bayern" verdeckt die wichtige Rolle, die die ländlichen Gebiete auch im modernen Bayern spielen. Der ländliche Raum ist kein Ergänzungsraum zu den Ballungsgebieten, sondern einRaum mit eigenständiger Bedeutung und ei-

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19860620-13

genem Wert.

Wichtigste Aufgabe der regionalen Strukturpolitik ist es daher, den ländlichen Raum in seinen wesentlichen Bereichen zu erhalten und zu stützen. Eine solche Politik muß auf Lebensbedingungen hinwirken, die es ermöglichen, daß möglichst viele Menschen in ihrer Heimat bleiben, d.h. in der Region, in der sie geboren und aufgewachsen sind, in der die Familie lebt und in der man ererbten Grund und Boden besitzt, einer Arbeit nachgehen.

Um so schwerer wiegt, daß der Gestaltungsraum der regionalen Kulturpolitik von seiten der Europäischen Gemeinschaft durch ihre Wettbewerbspolitik eingeengt zu werden droht. Das Problem ist, daß man von Brüssel aus zu sehr die altindustriellen Gebiete im Blick hat und zu wenig die Probleme des ländlichen Raums, die durch die Agrarpolitik von Brüssel entstanden sind, mit in seine werberechtlichen Kriterien und Beurteilungen einbezieht. Entscheidend kommt es darauf an, daß die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur in den Gebieten ansetzt, in denen Probleme der Landwirtschaft besonders deutlich zutage treten und wo mit der Freisetzung von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft zu rechnen ist. Aber über die agrarpolitischen Maßnahmen und die Maßnahmen der regionalen Wirtschaftsförderung hinaus muß eine konzertierte Aktion aller Bereiche zugunsten des ländlichen Raumes treten, um die Zukunftchancen des ländlichen Raumes insgesamt zu sichern.
Trotz der weltbekannten Großunternehmen der Elektro-, Maschinenbau-, Fahrzeug-, Chemie- und Raumfahrtindustrie, die ihren Hauptsitz in Bayern haben, ist die bayerische Wirtschaft nach wie vor vom Mittelstand geprägt.

Wirtschaftlich gesehen ermöglichen erst die Klein- und Mittelbetriebe die Vielfalt der Arbeits- und Ausbildungsplätze sowie die Differenziertheit des Angebots an Waren und Dienstleistungen.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitgabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19860620-13

Vor allem ihre Anpassungsfähigkeit, ihre Reaktionsgeschwindigkeit und ihr Ideenreichtum erleichtern unserer Wirtschaft die Anpassung an neue Situationen.

Daß Bayern in den letzten zehn Jahren das Land mit dem kräftigsten Wirtschaftswachstum und den meisten neugeschaffenen Arbeitsplätzen war, ist entscheidend darauf zurückzuführen, daß in Bayern die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen deutlich günstiger waren als im Bundesdurchschnitt.

Sehr positiv wurde das Steuerreformkonzept der Bayerischen Staatsregierung und das Eintreten der CSU als einziger Partei für die steuerstundende Investitionsrücklage bewertet. Dagegen wurde vor einer weiteren Erhöhung der Mehrwertsteuer gewarnt, weil dadurch nur Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft weiteren Auftrieb erhalten. Mit den Forderungen des Aktionsprogrammes Mittelstand der CSU bestand Übereinstimmung. Hervorgehoben wurde, daß dem Trend zu Einzelhandelsprojekten in Bayern konsequent und energisch entgegengetreten wird. Das jetzige Ladenschlußgesetz fand als vernünftiger Kompromiß, der die Mehrzahl aller Beteiligten zufriedenstellt, Zustimmung.

Die Verkehrspolitik - das war der dritte Bereich - muß ein vielfältiges Verkehrsangebot bei freier Wahl des Verkehrsmittels aufrecht erhalten und sicherstellen. Ein leistungsfähiges Verkehrssystem ist Voraussetzung für eine erfolgreiche Regionalpolitik sowie für Strukturwandel und Wachstum der Wirtschaft.

Nachdem sich die Bundesregierung die bessere Erschließung und besonders Anbindung der strukturschwachen und peripheren Gebiete zum Ziel gesetzt hat, ist es auch gelungen, den Anteil Bayerns an den Investitionen für den Neu- und Ausbau von Bundesfernstraßen von 17,3 auf 19,1 Prozent anzuheben. Dadurch können Vorhaben mit besonderer Bedeutung für die Entwicklung Bayerns und seine An-

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitgehend nicht gesetzter Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19860620-13

bindung an das übrige Bundesgebiet sowie das benachbarte Ausland beschleunigt werden.

Bayern ist damit gut vorbereitet für den wachsenden europäischen Verkehrsmarkt, der neue Chancen für alle Verkehrsunternehmen bietet - insbesondere auch für das bedeutende Straßengüterverkehrsgewerbe, in dem sich vor allem Chancen für mittelständische Unternehmen ergeben. Bayern ist in diesem europäischen Markt eine wichtige Verkehrsdrehscheibe, die es konsequent auszubauen gilt.

Politik für den ländlichen Raum ist Politik für die Bauern.

Die EG-Politik hat infolge jahrelanger Versäumnisse und Fehlentwicklungen zu einer ständigen Überschußproduktion geführt und die Möglichkeiten kostenorientierter Preispolitik weitgehend ruiniert. Deshalb bedarf die Agrarpolitik einer Neukonzeption, weil sonst die Preise durch die Überschüsse noch weiter gedrückt würden. Gelingt diese Neuorientierung nicht - und wir haben dank der Initiative des Bundeslandwirtschaftsministers begonnen -, erzwingt der Markt eine Änderung - dann aber zu Bedingungen, die aus deutscher Sicht völlig unakzeptabel sind.

Wichtigste Aufgabe der Agrarpolitik ist daher die Verringerung der Überschußproduktion und die Anpassung der landwirtschaftlichen Erzeugung an den Markt. Wesentlicher Zweck einer solchen Zielsetzung ist es, die Preise wieder auf ein vernünftiges Niveau zu bringen. Bessere Preise lassen sich längerfristig nur bei geringeren Mengen durchsetzen.

Die Landwirtschaft erbringt aber vielfältige Leistungen, die neben der Nahrungsmittelproduktion bestehen, und zwar darin enthalten sind, daß sie auch zur Erhaltung der Strukturstabilität des ländlichen Raumes, zur Bewahrung der Kulturlandschaft und zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen beiträgt.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitgehe nichtgestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19860620-13

Hinzu kommen ein wachsendes Umweltbewußtsein der Bevölkerung und neue ökologische Erkenntnisse, die verschärfte Forderungen an die Landwirtschaft nach sich ziehen. Die Leistungen unserer Bauern für Umwelt, Naturschutz und Landschaftspflege können in dieser Situation nicht mehr durch den Preis für ihre Produkte allein abgegolten werden. Deswegen ist es erforderlich, daß diese ökologisch relevanten Leistungen der Landwirtschaft vom Staat gesondert vergütet werden. Und deswegen ist, glaube ich, unsere Bundesregierung auf dem richtigen Weg, wenn sie die benachteiligten Gebiete unseres Landes um die Hälfte, auf 6 Millionen Hektar, 51 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche in der Bundesrepublik Deutschland, ausgedehnt hat. Insbesondere braucht die Land- und Forstwirtschaft künftig einen gesetzlich gesicherten Anspruch auf einen angemessenen Ausgleich für Nachteile, die durch wirtschaftliche Auflagen im Interesse des Gewässer- und Naturschutzes gemacht werden. Neben der Lebensmittelerzeugung muß der Staat aber die Entwicklung einer zweiten Produktionsschiene fördern, und zwar in den Bereichen Stärke, pflanzliche Öle und Fette, eiweißhaltige Futtermittel, Faserpflanzen und Energiepflanzen. Es geht dabei nicht nur um die Beseitigung der landwirtschaftlichen Überschüsse, sondern darum, die Rohstoffe aus dem Pflanzenbereich dem ständig wachsenden Bedarf der Industrie zur Verfügung zu stellen,und zwar Rohstoffe, die jährlich neu heranwachsen. Auf diese Weise können unsere Bauern einen wertvollen Beitrag zur umweltschonenden Energie- und Rohstoffversorgung und- einsparung leisten. Schließlich geht es auch darum, die freiwillige Bereitschaft derjenigen Bauern finanziell zu honorieren, die die landwirtschaftliche Erzeugung ganz oder teilweise einstellen oder die die Intensität der Bewirtschaftung verringern.

Lassen Sie mich abschließend bemerken: Die bayerische Landwirtschaft befindet sich infolge der Überschußsituation in Europa und der Fehlentwicklung der europäischen Politik in den letzten 15 Jahren in einer schwierigen Lage. Aber Resignation und Pessi-

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19860620-13

ismus führen nicht weiter. Entscheidend für den Erfolg aller staatlichen Hilfsmaßnahmen ist daher der Selbstbehauptungswille der Landwirtschaft. Dabei müssen sich Bauern und Politiker im klaren darüber sein, daß gerade im modernen Industriestaat eine funktionierende Landwirtschaft in einem kraftvollen ländlichen Raum besonders dringend gebraucht wird. Bayerische Agrarpolitik war immer einem ganzheitlichen Konzept verpflichtet, das sich als Politik für den ländlichen Raum verstand. Eine solche Politik ist gerade in den kommenden Jahren insbesondere erforderlich.

Danke schön. (Beifall)

Tagungspräsidentin Dr. Mathilde Berbhofer-Weichner: Vielen Dank für die Berichterstattung.

Ich frage, ob das Wort zur Aussprache gewünscht wird. - Das ist nicht der Fall.

Dann rufe ich auf den

Bericht aus dem Arbeitskreis IV,

Soziale Marktwirtschaft - Technischer Fortschritt - Umweltschutz

Berichterstatter ist Herr Alois Glück.

Alois Glück MdL, Vorsitzender des Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen im Bayerischen Landtag: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Der Bericht liegt Ihnen vor. Ich darf wenige Bemerkungen dazu machen:

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19860620-13

Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Theo Waigel, legte die Grundprinzipien unserer Wirtschaftspolitik und unserer Haltung zur modernen Technik dar. Zusammengefaßt sagte er:

> Es ist die historische Aufgabe der CSU, sich als Partei des kulturellen und technischen Fortschritts zu begreifen. ... Christlich verstandene Politik versucht, die konkreten Probleme zu lösen und dabei voraussehbare negative Folgen oder Nebenfolgen so gering wie möglich zu halten.

Bundesinnenminister Dr. Fritz Zimmermann konnte eine eindrucksvolle Bilanz der Umweltpolitik der jetzigen Bundesregierung vorlegen, und es ist gleichzeitig auch die Bilanz des Innenministers, der für die Umwelt zuständig war. Meine Damen und Herren, in der Amtszeit des der CSU angehörenden Bundesinnenministers hat die Bundesrepublik Deutschland die Vorreiterrolle in Europa ausgebaut. Keine andere Bundesregierung und kein Bundesinnenminister oder Umweltminister vorher haben für den Umweltschutz so viel getan und so viel erreicht wie Fritz Zimmermann und die jetzige Bundesregierung. (Beifall)

Staatsminister Alfred Dick verwies u.a. darauf, daß für die Betreiber der Kernkraftwerke in Bayern die Genehmigungsbehörden die teuersten sind, weil sie die strengsten und anspruchvollsten Auflagen zu Gunsten der Sicherheit der Bevölkerung verlangen. Kohle und Öl können auch bei der sogenannten Ausstiegs- oder Übergangsstrategie keine vertretbare Alternative sein, wenn man die Folgen für die Umwelt, insbesondere auch für das Klima, ernst nimmt.

In der anschließenden lebhaften und auch sehr langen Diskussion, die ein Spiegelbild der Diskussion in der Partei war, wurden all die Fragen angesprochen, die vor allem im Zusammenhang mit der

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestatteter Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19860620-13

Energiepolitik gegenwärtig diskutiert werden. Ich darf diesbezüglich auf den Bericht verweisen, der Ihnen vorliegt.

In der Diskussion des Arbeitskreises war man sich darin einig, daß sich die Haltung der Bevölkerung zur Kernenergie letztlich als Vertrauensfrage zur Politik äußert, da der technische Sachverhalt als solcher zu kompliziert ist, als daß ihn der einzelne letztlich beurteilen könnte, und er letztlich auf der Basis des Vertrauens, das er hat, über die Frage entscheidet. Dieses Vertrauen kann längerfristig nur durch eine von der CSU schon immer praktizierten bedingungslosen Offenheit und einer der Wahrheit und Wirklichkeit verpflichteten Information erhalten und gefestigt werden. Die Sorgen und Ängste von Mitbürgern müssen dabei ernst genommen werden, auch dann, wenn sie uns selbst unbegründet erscheinen.

Die in der Diskussion aufgeworfenen Fragen und Themen entsprechen weitgehend auch dem Inhalt des Leitantrags des Landesvorstandes. Ich bitte die Delegierten, diesen Leitantrag zur Hand zu nehmen, weil darüber anschließend auch abzustimmen ist. Er ist in dem schriftlichen Bericht aus dem Arbeitskreis enthalten. Ich möchte den Leitantrag nicht wörtlich vorlesen, sondern ihn nur in den wichtigsten Positionen kurz erläutern.

In der Ziffer I machen wir deutlich - was vielen in der Bevölkerung nicht klar ist - , daß die Energieversorgung in ihrer Struktur und in ihrer Qualität für die Zukunft unserer Zivilisation von entscheidender Bedeutung ist. Dies betrifft sowohl die Umwelt wie aber auch den Sozialstaat, den Kulturstaat und selbstverständlich auch unserer Volkswirtschaft.

In der Ziffer II kommt zum Ausdruck, daß es sich hier immer um langfristige Entscheidungen handelt, daß in langen Kategorien und Zeiträumen gedacht werden muß und daß wir hier insbesondere auch den nachkommenden Generationen gegenüber Verpflichtungen

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19860620-13

haben. Wir dürfen ihnen nicht durch zu frühzeitige Festlegungen ihre Entscheidungsfreiheit verbauen. Dazu gehört auch, daß nach neuen Energieträgern geforscht wird und vorhandene weiterentwickelt und erschlossen werden.

In der Ziffer III bringen wir unmißverständlich zum Ausdruck, daß es nicht zu verantworten ist, den Ausstieg aus der Kernenergie zu propagieren, solange kein entsprechender Ersatz verfügbar ist. (Beifall) Wer den Ausstieg propagiert, ohne einen gangbaren Weg anbieten zu können, riskiert unheilvolle ökologische, ökonomische, politische und soziale Folgen. Er weiß entweder nicht, wovon er spricht, oder - und auch dies muß man einigen in der gegenwärtigen Diskussion leider zurechnen - er belügt bewuß die Öffentlichkeit, um Stimmen zu erhalten. (Beifall)

In Ziffer IV wird gesagt:

Die CSU hält Anstrengungen in vier Richtungen für notwendig:

1. An der Erforschung und Erschließung neuer Energiequellen muß mit besonderem Nachdruck gearbeitet werden.

2. Die Bemühungen zur Erhöhung des Wirkungsgrades der eingesetzten Energieträger sind zu verstärken mit dem Ziel, den Ausbaubedarf an Kraftwerkskapazität zu verringern.

Die Energie ist also sparsamer und rationeller einzusetzen.

3. Entsprechend dem Fortschritt von Wissenschaft und Technik ist die Technologie der Kernenergie weiter zu entwickeln (Reaktorsicherheit, Entsorgung, Endlagerung) damit der jeweils beste Sicherheitsstandard erreicht wird.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19860620-13

Meine Damen und Herren! Wir sprechen ausdrücklich von "weiter entwickeln", weil es nicht nur damit getan ist, den gegenwärtigen Stand gewissermaßen einzufrieren. Wer, wie die SPD, etwa fordert, den Artikel 1 des Atomgesetzes, wo die Weiterentwicklung verankert ist, zu streichen, handelt unverantwortlich gegenüber den Nachkommen; denn wir müssen davon ausgehen, daß auch unsere Nachkommen die Technik weiter brauchen werden, jedenfalls nach dem gegenwärtigen Kenntnisstand. Dann ist es nicht zu verantworten, daß wir die nächsten Zeiträume nicht nutzen, um auch diese Technik, die nach 40jähriger Entwicklungsgeschichte nicht am Ende ihrer Entwicklungsmöglichkeiten ist, weiter zu entwickeln, und zwar in der ganzen Bandbreite, von den Reaktertypen über die Entsorgung bis zur Endlagerung.

Schließlich sind diese Themen nicht im Alleingang in der Bundesrepublik und in Bayern allein zu entscheiden. Das bringen wir in Ziffer 4 zum Ausdruck.

In der Ziffer V machen wir deutlich, daß für die CSU nicht ein bestimmtes Verfahren oder eine bestimmte Technik im Vordergrund steht, sondern daß andere Maßstäbe gelten, daß wir uns nicht von vornherein an eine bestimmte Technik binden, aber bei jeder Technik gilt: Sicherheit hat Vorrang vor Wirtschaftlichkeit.

Deshalb auch in der Ziffer VI nochmals der Hinweis auf die forcierte Erforschung neuer Möglichkeiten.

Schließlich kommt in der Ziffer VII zum Ausdruck, daß wir eine sachgerechte Risikodiskussion für notwendig halten. Hier passierte in den letzten Wochen eine schlimme Irreführung unserer Bevölkerung, weil immer wieder der Eindruck erweckt wurde, es wäre mit einer Technik Risiko verbunden und mit zur Diskussion gestellten Alternativen scheinbar kein Risiko. In Wirklichkeit haben wir nur zwischen verschiedenen Risiken zu wählen.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19860620-13

In einer offenen Risikodiskussion müssen immer wieder dargestellt werden die Chancen und Risiken, die Vor- und Nachteile der einen Technik, um die es gegenwärtig gerade geht, aber auch die Chancen und Risiken möglicher Alternativen.

Der Arbeitskreis IV schlägt dem Plenum einstimmig vor, diesem Leitantrag zuzustimmen. (Beifall)

Tagungspräsidentin Dr. Mathilde Berghofer-Weichner: Vielen Dank für die Berichterstattung. Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Ich rufe auf

Bericht aus dem Arbeitskreis V

Unser Weg in die Zukunft - Soziale Ordnungspolitik

Berichterstatter ist Herr Bundestagsabgeordneter Seehofer.

Frau Barbara Stamm MdL: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem Kollege Seehofer gestern Vaterfreuden entgegengesehen hat, bin ich an seiner Stelle da.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Referenten und Sachverständigen stellten die Sozial- und Familienpolitik der letzten Jahre in Bund und Land dar. Perspektiven für die Zukunft wurden aufgezeigt. Hierzu einige Schwerpunkte:

1. Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.
2. Wiederbelebung des wirtschaftlichen Aufschwungs.
3. Schaffung von ca. 500 000 neuen Arbeitsplätzen in den Jahren 1985 und 1986.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19860620-13

Ein Drittel der neuen Arbeitsplätze wurde in Bayern geschaffen.

4. Zurückführung der Inflationsrate.

1982 lag die Preissteigerungsrate bei 5,3 %, im Moment pendelt sie um die Nullstelle.

Bundesminister Blüm dazu wörtlich: "Wir sind wirklich die Rettungssanitäter des Sozialsystems."

Staatssekretär Dr. Stoiber zeigte auf, daß Schwerpunkt unseres Weges in die Zukunft und auch schon Schwerpunkt unserer Arbeit in den vergangenen Jahren war, den Nachholbedarf für die Lebens- und Entfaltungsmöglichkeiten der Familien zu beseitigen. Zusätzlich zu den beschlossenen Leistungen wie Erziehungsgeld, Erhöhung der Kinderfreibeträge und Anrechnung von Erziehungszeiten im Rentenrecht wird die Absicherung des Pflegefallrisikos ein weiterer entscheidender Schritt zur Leistungsfähigkeit und zum Zusammenhalt in der Familie sein.

Staatsminister Neubauer unterstrich, daß die soziale Ordnungspolitik und damit die heutige soziale Wirklichkeit in Bayern das Ergebnis der Arbeit, des Fleißes und des Leistungswillens der Menschen unserer bayerischen Heimat und zugleich das Ergebnis einer Politik sei, die konsequent ausgerichtet ist auf solide Festigung der sozialen Sicherheit und zeitgemäße Ausge-

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19860620-13

staltung der sozialen Gerechtigkeit. Dabei kam durchaus auch die Warnung des Wirtschaftlers vor Fehleinstellungen und Fehlerwartungen angesichts nicht grenzenlos vorhandener Finanzen zum Ausdruck. Es wurde hierbei insbesondere auf die Notwendigkeit der Kostendämpfung im Gesundheitswesen hingewiesen. Insgesamt wurde festgestellt, daß der arbeitende Bürger nicht über Gebühr belastet werden dürfe, wenn die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft und damit die Finanzierbarkeit des Sozialstaates erhalten werden soll. Eigenverantwortung und Eigenleistung hätten auch im Sozialstaat einen wichtigen Platz.

Der Arbeitskreis, meine sehr verehrten Damen und Herren, der insgesamt 5 Stunden tagte, befaßte sich in der Diskussion sehr ausführlich mit der Absicherung des Pflegefallrisikos und der Möglichkeit der Anrechnung von Erziehungszeiten im Rentenrecht für die vor 1921 geborenen Frauen.

Wir hatten außerdem zwei Anträge zu beraten. Ein Antrag hatte das Petitum einer größeren Bereitstellung von Teilzeit-Arbeitsplätzen zum Ziel. Diesen Antrag haben wir dem Parteivorstand überwiesen. Ein weiterer Antrag forderte Sozialpläne bei Konkurs von Betrieben ohne Betriebsrat. Diesen Antrag haben wir dem Landesvorstand der CSA überwiesen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem Papier, das Ihnen als Ergebnis der Beratungen des Arbeitskreises V vorliegt, bringt die Christlich-Soziale Union zum Ausdruck, daß sie zu Recht den Anspruch erhebt, die Partei einer gesicherten sozialen Ordnung in unserem freiheitlichen Rechtsstaat zu sein.

Ich bedanke mich. (Beifall)

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19860620-13

Tagungspräsidentin Dr. Mathilde Berghofer-Weichner: Vielen Dank für die Berichterstattung. Das Wort wird nicht gewünscht.

Ich rufe auf den

Bericht aus dem Arbeitskreis VI
- Lebendiges Kulturland Bayern

Berichterstatter ist Hans Zehetmair.

Landrat Hans Zehetmair: Frau Vorsitzende, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Die Zusammenfassung der Beratungen des Arbeitskreises VI, Lebendiges Kulturland Bayern, liegt Ihnen vor, so daß ich mich auf einige Bemerkungen beschränken darf.

Wir haben mit Genugtuung registriert, daß vor den Landtagswahlen nicht vergessen wurde, daß die Kulturpolitik für die bayerische Landespolitik nach wie vor erstens eine zentrale Bedeutung hat und zweitens eine hervorragende Gütemarke aufzuweisen hat.

Im weitgespannten Bogen des Arbeitskreises war schon einmal bemerkenswert, daß Bundeswohnungsbauminister Oscar Schneider als zentralen Punkt das neue Wohnungsbaugesetz erläuterte. Es wurde deutlich, daß die Gestaltung der Ortschaften und Städte ein Ausfluß und Spiegelbild für die kulturelle Aufgabe unseres Landes und für das kulturelle Erbe ist. Baukultur und Architektur sind ein wesentliches Spiegelbild für das kulturelle Denken und Handeln eines Volkes. Und der Freistaat Bayern ist ebenso verpflichtet, seinen kulturellen Denkmälern gerecht zu werden, wie er verpflichtet ist, einen Akzent kulturellen Bauens in seiner Zeit für die Zukunft zu setzen.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19860620-13

Es wurde begrüßt, daß den Gemeinden und Städten mit diesem Baugesetz eine wesentliche Stärkung ihrer kommunalen Hoheit garantiert und ermöglicht wird. Die Verlagerung bedeutet eine Chance für die verstärkte Verantwortung unserer kommunalen Mandatsträger.

"Tradition und Fortschritt" war das Thema, mit dem sich Kultusminister Hans Maier beschäftigte. Ein Drittel des Haushalts für die Kultur, eine halbe Milliarde DM für den Bereich Kulturpflege und Erwachsenenbildung sind äußere Zeichen für die erfolgreiche Kulturarbeit unserer Partei.

Die Freiheit der Kunst nahm eine bedeutende Stelle ein. Die hundert Unterschriften bedeutender Künstler, die in diesen Tagen veröffentlicht wurden, beweisen, daß der Freistaat Bayern der Nährboden für eine liberale und kreative künstlerische Tätigkeit ist. Wir haben aber auch deutlich gemacht, daß die Liberalität der Kunstförderung all jenen Bestrebungen mit Entschiedenheit entgegentreten müsse, die den staatlich garantierten Raum der Kunstfreiheit für Agitation und staatszersetzende Propaganda mißbrauchen. Kunst ist kein Mittel zu politischen Zwecken; Kunst muß kreative Leistung gewährleisten. Unter dieser Voraussetzung ist der Staat weiter bereit, entscheidende finanzielle Förderung zu leisten. Aber er kann sich nicht immer nur damit abfinden, daß er immer nur zahlungsstark, aber urteilskarg sein soll.

Tradition und Fortschritt sind mit das gewesen, was auch eine Rückbesinnung auf die deutsche Sprache in die Diskussion gebracht hat. Es wurde beklagt, daß in der Medienlandschaft insgesamt, aber auch in der Schule die deutsche Sprache Schaden nimmt, und konkret wurde in diesem Zusammenhang gefordert, daß der deutsche Aufsatz im Abitur wieder eingeführt werden müsse. (Beifall)

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitgabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19860620-13

Zur Kulturpolitik unserer Zeit gehört auch, daß die CSU die Vorreiterin in der neuen Medienpolitik ist. Die Öffnung der Medienlandschaft bietet neue Chancen und sie bietet auch Gefahren. Sie abzuwägen zum Nutzen der Bevölkerung in der Gewährleistung einer Pluralität mit verantworteter Freiheit, ist die Aufgabe, die sich neuen Berufen und Berufsfeldern bietet und die echt attraktive Chancen beinhaltet.

Es war neu und bisher einmalig und wurde von den aktiven Teilnehmern des Sportbereichs mit besonderer Genugtuung betont, daß der Sport auf diesem Podium einen wesentlichen Stellenwert einnehmen konnte. Der BLSV-Präsident Dr.Fritz hat deutlich gemacht, daß die über 3 Millionen Mitglieder in den bayerischen Sportvereinen ein Ausdruck dafür sind, daß hier eine Schule für die Demokratie, für Leistungswillen, für Gemeinschaft, für Sichdurchsetzen und auch Verlierenkönnen ist. Es ist eigentlich - so haben wir am Rande festgestellt - ein perverser Vorgang, daß heute Abend wohl kaum ein Dissens durch die Reihen geht in dem Wunsch, daß die deutsche Nationalmannschaft die Leistung bringt, um zu gewinnen, daß aber dann, wenn es um Leistung in der Bildungs- und Schulpolitik geht, die ideologische Verbohrtheit so groß ist, daß die Linke meint, Leistung sei etwas Schlimmes. (Beifall)

Ich darf Ihnen noch etwas Bemerkenswertes mitteilen: Der Zuwachs an Mitgliedern im BLSV nimmt besonders im Bereich der Frauen erheblich zu. Dabei ist wieder interessant, daß es die Jahrgänge zwischen 35 und 50 Jahren sind. Das sagt viel aus über die gesellschaftliche Situation von heute, über die Kleinfamilie, über die Einsamkeit, über das Bedürfnis, sich einzubinden. Die Tatsache, daß 80 Prozent der Neuzugänge in den Sportvereinen einer schon herangereiften Generation angehören, sagt aber auch aus, daß in der Zukunft mit dem Älterwerden unserer Bürger die Aufgaben des Sports auch der älteren Generation zu-

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergehend gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19860620-13

wachsen werden und daß dem auch unsere Sportförderung Rechnung tragen muß. Als Stichwort darf ich noch das immer schwieriger werdende Thema Sport und Umwelt erwähnen. Es wurde Klage geführt, daß es den Sportvereinen allmählich an die Existenz gehe auf Grund einiger Urteile, wonach ein Lärm, den man mit einem Straßen- oder Industrielärm vergleichen kann, der aber von einem Sportprogramm in der Nähe von Wohnbebauung kommt, nicht mehr sein darf. Hier wurde der Ruf nach dem Bundesgesetzgeber laut.

Schließlich: Für die Entwicklung der Musikpflege in Bayern - so hat der Vorsitzende und Präsidiumsmitglied des Bayerischen Musikrats Wilfried Anton betont - hatte der Bayerische Musikplan, der vor

Hergestellt im Archiv für Christlich-soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19860620-13

10 Jahren gebracht wurde, eine Schlüsselfunktion. Daß Bayern heute ein "singendes und klingendes Land" ist, verdanke man den CSU-Initiativen der 70er und 80er Jahre. Kultur- und Finanzpolitik haben hier auch in Zahlen Entscheidendes geleistet. Die Förderung der Musik hat sich in den letzten 9 Jahren verdreifacht; die Staatsmittel dafür liegen heute bei über 25 Millionen DM. Derzeit bestehen 180 Sing- und Musikschulen mit knapp 100 000 Schülerinnen und Schülern; daneben gibt es 2 000 freiberufliche Musiklehrer mit 40 000 Schülern. Das ist eine eindrucksvolle Bilanz, zumal wir in einer Zeit, in der das Kognitive einen Überhang hat, gerade in der Erziehung der jungen Menschen, den musischen Bereich nicht hoch genug einschätzen können. Dabei hat die Laienmusik einen außerordentlich wichtigen und nie gekannten Aufschwung erlebt. 5 000 bayerische Chöre, 2 700 bayerische Blaskapellen, 100 Liebhaberorchester sind ein schlagender Beweis für das Ergebnis enormer staatlicher und kommunaler Leistungen.
Diese Leistungen spiegeln auch den bayerischen Verfassungsauftrag in Artikel 131 wieder, daß wir nicht nur Wissen und Können vermitteln, sondern auch Herz und Charakter bilden sollen. In diesem Sinne wird die CSU weiterhin in Freiheit und Verantwortung ihre Kulturpolitik in Schule, im Bildungsauftrag und in der weiten Kulturpflege des Landes betreiben. - Ich danke Ihnen für das Zuhören. (Beifall)
Tagungspräsidentin Dr. Mathilde Berghofer-Weichner: Vielen Dank für den Bericht.

Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann möchte ich zusammenfassend allen danken, die sich um die Arbeitskreise verdient gemacht haben, den Leitern der Arbeitskreise, den Referenten und Sachverständigen, die tatkräftig mitgearbeitet haben, und Ihnen allen, die Sie durch Ihren Beitrag und Ihre Teilnahme zum Gelingen der Arbeitskreise beigetragen haben.

Hergestellt im Archiv für Christlich-soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit ausdrücklicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19860620-13

Ich schlage Ihnen vor, als nächstes den Tagesordnungspunkt 6:

Verschiedenes

und zwar als erstes die

Dringlichkeitsanträge des Landesvorstandes

deren zwei sich in Ihren Tagungsunterlagen befinden, nämlich zum Thema Energiepolitik und zur Änderung der Römischen Verträge. Ein dritter Dringlichkeitsantrag zum Thema innere Sicherheit wird zur Zeit verteilt. Ich bitte, ihm gleich Ihre Aufmerksamkeit ein bißchen zukommen zu lassen, damit wir ihn auch mit behandeln können.

Wenn mit dieser Änderung der Tagesordnung Einverständnis besteht, rufe ich als ersten auf den Dringlichkeitsantrag betr. Energiepolitik. Der Text ist Ihnen bekannt. Eine mündliche Begründung ist nicht veranlaßt. Ich frage, wer zu diesem Antrag das Wort wünscht. - Ich sehe keine Wortmeldung. Dann lasse ich über den Antrag abstimmen. Ich bitte diejenigen, die dem Antrag zustimmen wollen, die rote Delegiertenkarte zu erheben. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei einigen Gegenstimmen und keiner Enthaltung mit großer Mehrheit angenommen. Ich danke Ihnen.

Ich rufe dann auf den Dringlichkeitsantrag betr. Römische Verträge und bitte Sie, zunächst die Seite 3 aufzuschlagen. Dort ist ein Versehen passiert, und zwar ist im letzten Absatz, beginnend in der dritten Teile mit "Zur Errichtung des Gemeinsamen Marktes oder durch die Länder bzw. den Bund" das Wort "besser" einzufügen, wonach es weitergeht: "geregelt werden können. Eine wirksame Besetzung der EG-Kommission". Hier ist folgendes einzufügen: "und der anderen europäischen Institutionen von deutscher Seite". Dann geht der Text weiter.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19860620-13

Ich frage nach Wortmeldungen zu diesem Antrag. - Ich sehe keine Wortmeldungen. Dann lasse ich über den Antrag abstimmen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich, die Karte zu erheben. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung, im übrigen einstimmig angenommen.

Ich bedanke mich und rufe auf den, wie ich hoffe, inzwischen allen vorliegenden Dringlichkeitsantrag zum Thema innere Sicherheit. Wer wünscht das Wort zu diesem Antrag? - Ich sehe keine Wortmeldungen. Dann lasse ich über den Antrag abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich, die Karte zu erheben. - Es liegt der Antrag noch nicht vor. Dann stelle ich den Punkt für einige Minuten zurück. Ich bitte, für die Verteilung besorgt zu sein. Wir lassen den Antrag vorlesen:

Der Parteitag möge folgendes beschließen:

(s. den Wortlaut im Anhang)

Soll ich auch die Begründung verlesen, oder wird darauf verzichtet? Ich glaube, der Antrag ist inzwischen verteilt worden.

Ich lasse abstimmen. Wer dem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Vielen Dank. Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei wenigen Gegenstimmen und zwei Enthaltungen mit überwältigender Mehrheit so beschlossen. Ich danke Ihnen dafür.

Ich frage, ob zum Punkt "Verschiedenes" noch Wünsche, Fragen, Anträge vorliegen. - Das ist nicht der Fall.

Ich erteile jetzt das Wort dem Nürnberger Landtagsabgeordneten Kollegen Beckstein.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19860620-13

Dr. Günther Beckstein MdL: Hochverehrte Ehrengäste, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Herzlichen Dank für die Möglichkeit, ein Grußwort zu sprechen, gibt es mir doch Gelegenheit, Ihnen die kommunalpolitische Situation in Nürnberg ein gutes Jahr vor der Oberbürgermeisterwahl kurz darzustellen.

Der bisherige Oberbürgermeister, Herr Urschlechter, ist nahezu 30 Jahre im Amt. Aus Altersgründen tritt er nicht wieder zur Wahl an. Dr. Urschlechter ist vor einem Jahr aus der SPD ausgetreten. (Beifall) Er war ein Vertreter einer bürgerlichen SPD und wollte den scharfen ideologischen Linkskurs seiner Partei auf Bundes- und Landesebene sowie in Nürnberg nicht mittragen. (Beifall). Auch die sonstigen politischen Kräfteverhältnisse in Nürnberg sind entsprechend. Von 70 Stadratsmitgliedern hat die SPD 34, ist also damit zwar stärkste Partei, hat aber nicht die Mehrheit. Die CSU hat 30 Sitze, die Grünen haben 4 und die FDP ist genau so stark wie die Deutsche Kommunistische Partei, nämlich mit einem Sitz im Stadtrat vertreten.

Sie sehen daraus, daß in dieser alten SPD-orientierten Stadt Nürnberg im Moment die Chancen recht gut sind, einen Wechsel herbeizuführen. Für uns wird es darauf ankommen, das Bündnis, das in Nürnberg seit einigen Jahren zwischen den Roten und den Grünen besteht, zu brechen und hier eine bürgerliche Führung darzustellen. (Beifall) Die rot-grüne Koalition in Nürnberg hat eine ideologisierte Politik betrieben, eine starke Überbetonung gesellschaftlicher Randgruppen, während es die Politik der CSU ist, für den Bürger in Nürnberg, für den Bürger im Land zu arbeiten und zu kämpfen.

Häufig wird behauptet, die CSU sei eine ländlich strukturierte Partei. Wir Nürnberger können hier ganz massiv sagen, die CSU hat gerade für die Großstadt, auch für den industriell strukturierten Raum Außerordentliches geschaffen. Sie selber sind

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19860620-13

hier in dieser schönen Messehalle, im Messezentrum. Der Freistaat Bayern hat die ganze Zeit mitgeholfen. Vielleicht sind Sie mit der U-Bahn oder S-Bahn hergekommen. Auch das ist eine Leistung des Staates. Der Europakanal und die mittelfränkische Seenplatte geben ebenso ausgezeichnete Entwicklungschancen für unseren Raum wie das Technologiezentrum in der Landesgewerbeanstalt. Das zeigt, daß es bei uns im mittelfränkischen Raum insbesondere um die anwendungsorientierte Wissenschaft geht. Der Sprung in die Zukunft ist gerade auch in unserem Raum gelungen, und zwar mit besonderer Unterstützung des Freistaates. Und das ist auch meine herzliche Bitte. Es wird in der nächsten Zeit gerade auch während der Wahlkampfauseinandersetzung sicherlich der eine oder andere Wunsch auf die Landespartei zukommen, auf den Finanzminister, auf den Ministerpräsidenten in besonderer Weise zukommen. Und mein Wunsch ist, daß hier der Staat Bayern so großzügig wie bisher entsprechend mitarbeitet. Ich habe auch einen Wunsch an Sie, meine Damen und Herren Delegierte, daß Sie auch entsprechend mithelfen, diese schwierige Aufgabe in Nürnberg für mich lösbar zu machen. Und mein wichtigster Wunsch nach Mitarbeit geht dahin, daß Sie einen engagierten Landtags- und einen engagierten Bundestagswahlkampf führen, damit wir eine gute Grundlage haben für die Situation in Nürnberg, aber natürlich auch eine gute Grundlage für die CSU insgesamt.(Beifall) Ich brauche natürlich jeden persönlichen Einsatz dringend, um hier die Wahlkampfauseinandersetzung in Nürnberg fair zu führen, aber trotzdem für die Bürger deutlich zu machen, worum es geht, und auch zu einem guten Ende zu führen. Deshalb brauche ich Ihre Unterstützung.

Gestatten Sie, daß ich in dem Sinne das Motto dieses Parteitags für diesen Wahlkampf etwas umwandle: Wir kämpfen für Nürnberg in Bayern ganz vorn. (Beifall)

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19860620-13

Tagungspräsidentin Dr. Mathilde Berghofer-Weichner: Herzlichen Dank, Günther Beckstein. Unsere Sympathie und unsere Mithilfe ist Dir beim Wahlkampf in Nürnberg sicher, um zum Erfolg zu kommen.

Ich übergebe nun das Präsidium dem Kollegen Heubl.

Tagungspräsident Dr. Franz Heubl: Meine Damen, meine Herren! Ich begrüße den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Kohl. (Beifall) Herr Bundeskanzler, wir freuen uns, daß Sie auch in Ihrer Eigenschaft als Bundesvorsitzender der CDU zu unserem Parteitag nach Nürnberg kommen, der unser 50. Parteitag ist. Wir hatten vorher Gelegenheit, unserem Landesvorsitzenden für seine Tätigkeit als Landesvorsitzender während 25 Jahren zu gratulieren. Umso mehr freuen wir uns, daß Sie diesen Tag in dieser Stunde mit uns begehen.

Herr Bundeskanzler, Sie haben das Wort. (Beifall)

Das Grußwort des Vorsitzenden der CDU und Bundeskanzlers Dr. Helmut Kohl liegt vor.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19860620-13

Tagungspräsident Dr. Franz Heubl: Herr Bundeskanzler, wir danken Ihnen für Ihre reichhaltige Rede. Der Dank kommt im Beifall in besonderer Weise zum Ausdruck. Wir danken Ihnen für die Anerkennung und Würdigung von Franz Josef Strauß und seiner politischen Rolle. (Beifall) Wir danken Ihnen für die Worte, die Sie für die CSU gefunden haben, für Theo Waigel, für die der CSU angehörenden Mitglieder der Bundesregierung. Herr Bundeskanzler, wir danken Ihnen aber auch, daß Sie in so angenehmer Weise über unseren Freistaat geredet haben. (Beifall) Ich sage ganz ehrlich, wir sind auf diesem Gebiet nicht sonderlich verwöhnt; denn wir kennen manche, die mehr von Vorurteilen geplagt sind, als daß sie sich um eine objektive Urteilsfindung bemüht haben.

Herr Bundeskanzler, Sie können versichert sein, wir werden alle Anstrengungen unternehmen, um nicht nur die Landtagswahl, sondern selbstverständlich auch die Bundestagswahl zu gewinnen.

Meine Damen und Herren, darf ich noch einmal darauf hinweisen, was der Bundeskanzler schon in seiner Rede angedeutet hat, nämlich daß er uns während der Rede von Franz Josef Strauß aus terminlichen Gründen und weil er andere Verpflichtungen hat - und dafür haben wir alle Verständnis - , wegen Verpflichtungen in München verlassen muß. Ich sage das ausdrücklich, damit daraus keine Fehlinterpretation entsteht, und betone, daß das mit Franz Josef Strauß abgesprochen ist.

Meine Damen, meine Herren! Wir alle wünschen unserem Bundeskanzler viel Kraft, viel Erfolg und viel Glück bei der Bewältigung seiner schwierigen und verantwortungsvolle Aufgabe. Wir helfen Ihnen, Herr Bundeskanzler. Wir danken Ihnen für Ihr Kommen. (Beifall)

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19860620-13

Liebe Parteifreunde, das Wort hat nun unser Ministerpräsident und Landesvorsitzender Franz Josef Strauß.

(Lebhafter Beifall)

Die Rede des Vorsitzenden der CSU Dr.h.c.Franz Josef Strauß, Bayerischer Ministerpräsident, liegt vor.

Das Schlußwort des stellvertretenden Landesvorsitzenden Dr.Werner Dollinger liegt vor.

- Schluß des Parteitags: 14.40 Uhr -

Hergestellt im Archiv für Christlich-soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP